

Begründet
1877.

ersch. täglich
mit Ausnahme der
Sommer- und Festtage.

Bezugspreis
für das Vierteljahr
im Bezirk und
Nachbarbezirk
Mk. 1.25
außerhalb Mk. 1.35.



Fernsprecher
Nr. 11.

Anzeigerpreis
bei einmaliger Er-
scheinung 10 Pfg. die
einmalige Seite;
bei Wiederholungen
entsprechender Rabatt.

Reklamen 15 Pfg.
die Zeile.

Unparteiische Tageszeitung und Anzeigebblatt, verbreitet in den Oberamtsbezirken Nagold, Freudenstadt, Calw u. Neuenbürg.

Nr. 70.	Ausgabeort Altensteig-Stadt.	Dienstag, den 24. März	Anz.blatt für Pfalzgrafenweiler.	1908.
---------	------------------------------	------------------------	----------------------------------	-------

Amtliches.

Auf dem Tralleshof Gemeinde Effringen ist die Schweinepeste ausgebrochen.

Abg. Payer über das Kompromiß zum Reichsvereinsgesetz.

Ueber die Gründe, durch welche die bürgerlichen Parteien der Linken schließlich dahin gebracht werden, das Kompromiß über den Sprachenparagraphen abzuschließen, hat der Abgeordnete Payer in der heutigen Kommissions-Sitzung ausführlich gesprochen und unter anderem gesagt: Was mir die Zustimmung zu diesem Kompromiß, die mir sehr schwergefallen ist, in letzter Linie erträglich hat, war die nüchterne, praktische, vielleicht darf ich sagen, vernünftige Erwägung, daß bei Annahme dieses Kompromißes der Eingriff in die Sprachfreiheit der polnischen Bevölkerung ein wesentlich geringeres sein wird, als wenn gar nichts zustande kommt. Die Herren gehen bei ihren Darstellungen immer davon aus, als ob, wenn wir mit Erfolg für Streichung des § 7 eintreten, der Zustand dann der wäre, daß der Gebrauch der polnischen Sprache für alle Zeiten im Deutschen Reich überhaupt nicht mehr beeinträchtigt werden dürfte. Das wäre richtig, wenn wir die Regierung zwingen könnten, einen Gesetzentwurf anzunehmen, in dem der § 7 vollständig gestrichen ist. Ich halte es für absolut unsichtbar, diesen Versuch zu machen, weil ich mir sagen muß, daß die preussische Regierung von ihrem Standpunkt aus einem solchen Gesetz ihre Zustimmung gar nicht erteilen kann. Wenn ich ruhig erwäge, so muß ich mir sagen: eine Regierung, die hunderte von Millionen in die Verfolgung ihrer Außenpolitik hineingesteckt hat, die zehntausende von Deutschen in Verfolgung dieser Politik in polnischen Landesteilen angehebelt hat, die es vor einigen Tagen fertig gebracht hat, das Enteignungsgesetz in Geltung treten zu lassen, diese Regierung wird doch nicht in demselben Augenblick einem Gesetz die Zustimmung geben, das nicht etwa den bestehenden Zustand aufrecht erhält, sondern das so gut wie uns Deutschen allen so auch der polnischen Bevölkerung, den § 7 außer Betracht gelassen, ein viel günstigeres, freieres Vereins- und Versammlungsrecht bringt, als sie es zur Zeit hat, sie also viel kampfgerechter und widerstandsfähiger macht. Es kann ja so ideale Regierungen geben, von der preussischen Regierung glaube ich es nicht. Deshalb kann ich auf eine solche Kalkulation eine praktische Politik auch nicht gründen. Wenn wir ein solches Gesetz ohne einen § 7 zustande bringen würden, so würde es unzweifelhaft fallen; es würde scheitern am Widerspruch der verbündeten Regierungen. Und was dann?

Wenn man die Lage der polnischen Bevölkerung dann ins Auge faßt, so hat das Landesrecht die Befugnis, die Sprachenfrage zu regeln, wie sie das heutige Landesrecht hat. Glauben aber die Herren, wenn die preussische Regierung in die Lage kommt, diese Frage von sich aus regeln zu müssen, daß sie dabei besser fahren werden als bei dem, was wir in dem Kompromiß vorschlagen? Ich habe mich sehr gewundert, wie der Herr von der polnischen Fraktion dazu kommen konnte, zu sagen, daß es ihm lieber sei, wenn man die Regelung der preussischen Regierung überlasse. Wir haben uns dagegen gesträubt, daß dieser Weg beschritten wird, weil wir uns sagen, wenn wir es der preussischen Gesetzgebung überlassen, so kommt eine schlimmere Regelung zustande als die jetzt in Aussicht genommene. Wir haben uns deshalb bemüht, zum Schutze der Minderheit im Interesse der polnischen Bevölkerung so viel Einschränkungen in das Gesetz hineinzubringen, als wir überhaupt hineinbringen können. Das Resultat dieser Bemühungen ist der Kompromißvorschlag. Es ist mir leid, daß wir nicht mehr haben erreichen können. Die Schwierigkeiten, mit denen wir zu rechnen hatten, waren groß. Wir 50 Mann konnten doch nicht diktorisch Befehle erlassen, wir mußten eben auf dem Wege der Verständigung zu retten suchen, was zu retten ist. Vergleichen Sie das, was bei dem Nichtzustandekommen des Gesetzes eingetreten wäre, mit dem Zustand, der eintreten wird, wenn man den Kompromißvorschlag annimmt, so ist das Ergebnis das: im ersten Fall findet keine Verbesserung des Vereins- und keine des Versammlungsrechtes statt. Die Landesgesetzgebung verbietet den Gebrauch der fremden Sprache und überläßt die Ausnahmen der Verwaltung, in anderen Fällen erhält die polnische Bevölkerung auf dem Gebiete des Vereinsrechtes, das mit dem § 7 ja nichts zu tun hat, aber auch auf

Alle unsere Leser

werden gebeten, mit der

Erneuerung des Abonnements

für das neu beginnende

2. Quartal

nicht zu säumen, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

dem Gebiete des Versammlungsrechtes, wie die deutsch-sprechende Bevölkerung auch eine Reihe sehr wesentlicher Erleichterungen, Verbesserungen im freiheitlichen Sinne, die anderenfalls wie für die deutsche Bevölkerung, so auch für sie ins Wasser fallen; sie hat die schwerwiegenden Ausnahmen für die Wahlen zu dem gesetzgebenden Körper. Außerdem bleibt dann noch die sehr wesentliche, wenn auch zeitlich begrenzte Bergünstigung für die alteingesessene Bevölkerung, die man doch auch anerkennen muß. Und im übrigen kann die Verwaltungsbehörde eingreifen. Der Herr von der polnischen Fraktion malt zwar aus, welche Stimmung platzgreifen werde, wenn der Hinzutrittstag in 20 Jahren immer näher kommen werde. Es kann so gehen, aber auch anders. 20 Jahre ist eine lange Zeit. Ich glaube, bei Festsetzung dieser Frist liegt eher eine starke Konzession seitens der Regierung und der Herren auf der rechten Seite vor. Wenn ich schon einmal ein Kampfmittel haben möchte, so würde ich es nicht als einen großen Erfolg betrachten, wenn man mir heute die Kanone gibt mit der Ermächtigung, sie, wenn nichts dazwischen kommt, in 20 Jahren loszulassen.

Wir haben geglaubt, wenn das, was das Kompromiß in Aussicht nimmt, auch nur auf 20 Jahre gerichtet ist, so ist es doch für eine beträchtlich lange Zeit hinaus gerichtet, das weitere wird sich dann finden. Es ist das leichteste und populärste, sich auf den rein prinzipiellen Standpunkt zu stellen, unbekümmert darum, welche Folgen sich ergeben. Namentlich darum, ob man nicht gerade diejenigen, für die man eintreten will, damit schädigt, aber ich glaube, man kann sich auch mit gutem Gewissen und mit recht vernünftigen Gründen auf den Standpunkt stellen, daß es unter den gegebenen Umständen zweckmäßiger ist, den rein prinzipiellen Standpunkt, der doch nicht rein durchgefochten werden kann, in den Hintergrund zu stellen, um das bei Ablehnung des Gesetzes oder bei Verweisung der Materie an die Landesgesetzgebung unausbleiblich platzgreifende Ermessen der preussischen Gesetzgebung zu Gunsten der fremdsprachigen Mitbürger möglichst einzuzengen. Was diese anderenfalls zu erwarten haben, kann man sich denken, wenn man sich an die Ausführungen der antipolnischen Vorkämpfer erinnert.

Tagespolitik.

Zum Tode des großen Philosophen Eduard Zeller telegraphierte der Kaiser dem Sohne: „Mit der ganzen gebildeten Welt vereinige ich mich im Geiste an der Bahre des großen Philosophen in treuer Dankbarkeit für die hervorragenden Dienste, welche der Verehrte der Wissenschaft und besonders dem deutschen Geistesleben geleistet hat. Der Name Eduard Zellers ist in die Reihe der edelsten Söhne des deutschen Volkes eingetragen und wird stets nur mit Stolz und Bewunderung genannt werden.“

Die Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes soll noch vor Ostern erfolgen. Der Fertigstellung des Kommissionsberichts wird für Freitag entgegengesehen. Die zweite Plenarlesung der Vorlage kann sich also unmittelbar an die Erledigung der dritten Etatslesung anschließen, so daß die endgültige Verabschiedung des Gesetzes vor Ostern ohne Schwierigkeiten möglich ist.

Der deutsche Handelstag, der in Berlin zusammengetreten und zahlreicher besucht ist als je zuvor, wurde im Namen der Regierung vom Staatssekretär des

Innern von Bethmann-Hollweg begrüßt. Zu dem Festmahl des Handelstages im Restaurant des Zoologischen Gartens wurde der Reichskanzler Fürst Bülow erwartet, der im vorigen Jahre zum ersten Male im Kreise der deutschen Kaufleute erschienen war und eine mit großem Beifall ausgenommene Rede an die Versammelten gehalten hatte. Die gegenwärtigen Beratungen gelten vornehmlich den Fragen der Abänderung des Fernsprechtarifs und der Reform des Börsengesetzes. Zu beiden Fragen hat der am Tage vorher zusammengetretene Ausschuss des Handelstages Resolutionen formuliert, deren Annahme durch das Plenum einstimmig erfolgt ist. Die erste Resolution spricht sich gegen die geplante Aenderung der Telephongebühren aus, die zweite für eine Beseitigung oder vorläufige Milderung der vornehmsten Bestimmungen des gegenwärtigen Börsengesetzes.

Dr. Karl Peters glaubt, daß in Deutschland die Bedeutung des jüngsten deutsch-englischen Zwischenfalls wegen des Kaiserbriefes im allgemeinen unterschätzt worden ist. Damit komme man über den Fall nicht hinweg, daß man der katicholischen und deutschfeindlichen „Times“ mit Spott und Hohn begegne und zu vereinzelten englischen Preßstimmen seine Zuflucht nehme, um zu beweisen, daß die öffentliche Meinung über die Sache ganz anders denke. Der Sturm, den in Wahrheit der Briefwechsel zwischen dem Kaiser und Lord Tweedmouth in England hervorgerufen hätte, nur deutlich das im Grunde des Volkes aufgehäuhte Mißtrauen gegen das Deutsche Reich dar. Es ist eine Tatsache, fährt Peters fort, daß für das öffentliche Gefühl Englands Deutschland heute an die Stelle gerückt ist, welche bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts Frankreich und von da bis zum Ausbruch des japanischen Krieges Rußland eingenommen hat. Es ist der schwarze Mann für die kritische Weltstellung schlechweg. Wenn man alle diese Stimmungen und Äußerungen hier beobachtet, so gewinnt man wahrlich mehr und mehr den Eindruck, als ob man sich in einem Heerlager befände, in welchem zu einem für unabweidlich gehaltenen Kriege gerüstet wird. So mag es in Karthago vor den punischen Kriegen ausgesehen haben, bevor die beiden damaligen Großmächte in den Kampf um die Herrschaft über das Mittelmeer und damit über Südeuropa eintraten. Diesen Eindruck gewähete unter anderem Mr. Balfours Rede am Montag, der die Regierung anfragte, dringende Arbeiten, wie den Hafen von Koshig, die neue Schleuse bei Portsmouth usw. nicht mit genügender Schnelligkeit zu betreiben. Man fragt sich, wie lange zwei moderne Großmächte einen derartigen fieberhaften Wettkampf der Rüstungen gegeneinander ertragen werden. Doch sicherlich nicht länger als bis der eine oder der andere in der Lage zu sein glauben wird, das Aufgeben des Rennens von dem anderen zu erzwängen. Zwar gibt es eine Menge Faktoren, welche haben und drücken für den Frieden in die Waagschale fallen, und entsprechend auch starke Kräfte, welche den Krieg unter allen Umständen verdammen. Aber es ist klar, daß im Augenblick einer wirklichen ernstern Verstimmung die explosiven Elemente stets das Uebergewicht haben werden. . . . Unter allen Umständen, je weniger über die Beziehungen zwischen Deutschland und England haben und drücken geredet wird, umso besser ist es; sowohl für die Partei, welche den Frieden zwischen beiden Völkern dauernd erhalten möchte, als für die, welche den Krieg für notwendig hält und für ihn rüstet.

Die Gerüchte von der Rückkehr des gestürzten Diktators Franko bestätigen sich nicht. Der brutale Staatsmann, der indirekt die Katastrophe vom 1. Februar, die Ermordung des Königs Don Karlos und des Kronprinzen Ludwig Philipp verschuldete, ist endgültig entschlossen, nicht wieder in das politische Leben einzutreten. — Trotz der tiefen Trauer seines Hauses soll der junge König Manuel bereits ernstlich Umschau nach einer Landesmutter für Portugal halten. Eine englische Prinzessin, die 17jährige Prinzessin Alexandra Buff, eine Tochter des Herzogs von Fiv und seiner Gemahlin Luise, der Tochter des Königs Eduard VII., soll die Erbkönigin seines Herzogens sein, resp. für den jungen König auserwählt worden sein. Leicht möglich!

Der Gesundheitszustand des englischen Ministerpräsidenten Campbell Bannerman ist, wie man dem Neuen Tagblatt aus London mitteilt, derart ungünstig, daß sein Ausscheiden nicht zu vermeiden ist. Allgemein gilt als feststehend, daß Asquith der Nachfolger Campbell-Bannermans sein und daß er bis auf weiteres auch die Stellung des Schatzkanzlers beibehalten werde.

